

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 17/14269 an den Rechtsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen in öffentlicher Sitzung im federführenden Ausschuss erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann stelle ich die einstimmige **Zustimmung zu dieser Überweisung** fest.

Damit kommen wir zu:

14 Politische Partizipation und demokratische Mitbestimmung der nächsten Generation: Ein Landesjugendparlament für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14281

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Kollegen Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seitdem CDU und FDP regieren, stehen Familien, Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt unserer Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Das wird auch daran deutlich, dass wir die Projekte, die CDU und FDP für den Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ miteinander verabredet haben, Schritt für Schritt gemeinsam mit unserem Minister Joachim Stamp umsetzen. Vielen Dank dafür. Bitte geben Sie den Dank auch an das Haus weiter.

(Jochen Ott [SPD]: Du lieber Gott!)

Das gilt für das versprochene Kita-Rettungsprogramm und für unser Versprechen, das KiBiz zukunftsfest aufzustellen.

Das gilt für das Versprechen besserer Familienförderung. Ich nenne als Beispiele zusätzliche Familienzentren und das Sonderprogramm „Familienerholung“.

Das gilt für die Verwirklichung von mehr Selbstbestimmung beim Kinderwunsch und die geschaffene finanzielle Unterstützung.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Jetzt geht's aber los!)

Das gilt auch für unser Bekenntnis, mehr für das queere Leben in NRW zu tun. Keine Landesregierung zuvor hat sich stärker engagiert als wir.

Das gilt für unser Engagement, allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status die besten Startchancen von Anfang an zu ermöglichen.

(Marlies Stotz [SPD]: Langsam bitte mal was zum Antrag!)

Das Programm „kinderstark“ ist unter Schwarz-Gelb erst wirklich stark geworden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Der Antrag muss sehr dünn sein, wenn man dazu nichts sagt!)

Das gilt weiter für den Kinder- und Jugendförderplan, dessen Finanzierung wir nicht nur deutlich angehoben, sondern den wir auch zukunftsorientiert dynamisiert und inhaltlich gestrafft haben.

Und das gilt auch und gerade für die Einbindung und Beteiligung junger Menschen in unserem Land. Der vorliegende Antrag arbeitet es heraus: Schon heute haben junge Menschen in Nordrhein-Westfalen vielfältige Möglichkeiten, ihre Meinungen, ihre Anliegen und ihre Sicht auf die Dinge einzubringen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich denke, dafür braucht ihr noch ein Gutachten!)

– Wir nicht, Sie vielleicht, Herr Dr. Maelzer. Ich bin gespannt, wie Sie sich gleich dazu einlassen werden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Dein Vorschlag!)

Nicht nur junge Menschen, sondern im Ergebnis profitieren wir alle, die ganze Gesellschaft, von einem breiten Mix an Jugendbeteiligung. Sie macht unsere Entscheidungen noch nachhaltiger und zukunftssicherer. Mein Dank gilt deshalb allen jungen Menschen in unserem Land, die sich schon heute für morgen engagieren und einbringen.

(Beifall von Marc Blondin [CDU])

Meine Damen und Herren, so wie in den Bereichen, die ich zu Beginn angeführt habe, steht die NRW-Koalition aus CDU und FDP auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung und Beteiligung von jungen Menschen im Wort und hält es.

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und FDP dazu bekannt, ein Jugendparlament für Nordrhein-Westfalen zu verwirklichen. Wir haben uns dazu bekannt, dass es überparteilich und unabhängig sein soll. Dazu haben wir viele Gespräche über Parteigrenzen hinweg mit unserem Landtagspräsidenten, mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren geführt.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich bin überaus dankbar dafür, dass wir den im Antrag beschriebenen Weg jetzt gemeinsam beschreiten können. Wir sind pragmatisch unterwegs und stellen von Anfang an Überparteilichkeit und damit Unabhängigkeit sicher.

(Jochen Ott [SPD]: Ohne die Jugend!)

Damit machen wir einen weiteren wichtigen Schritt im Sinne umfassender Jugendbeteiligung.

Wenn Kollege Müller sagt, das sei ohne die Jugendlichen passiert, dann erinnere ich gerne an Ihre Zurückhaltung, als wir mit allen Fraktionen mit der verbandlichen Jugend zusammensaßen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie waren derjenige, der am meisten auf die Bremse getreten ist und eine Einigung vereitelt hat.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Der Landesjugendring hat scharf kritisiert, was Sie gemacht haben!)

– Frau Kollegin, es wundert mich in dem Zusammenhang nicht, dass Sie hier so laut werden. Sie beide als Hauptoppositionsführer waren es, die auf der Bremse standen. Wir haben irgendwann gesagt, dass wir so nicht zu einem gemeinsamen, von allen getragenen Jugendparlament kommen werden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Weil die Jugendverbände dieses Konzept auch nicht tragen!)

Deshalb wollen wir hier keine Strichpunktaufzählung haben, mit der wir den Jugendlichen nicht wirklich helfen können.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Zwangsbeglückung!)

Vor allen Dingen wäre das genau in dem politischen Raum, der von den Jugendlichen gerade nicht gewünscht wird. Sie wollen eine möglichst überparteiliche, neutrale, aus der Parteipolitik herausgezogene Diskussionsform.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Woher wissen Sie das denn? Sie haben mit denen gar nicht geredet!)

Die finden wir, indem wir jetzt den Antrag wie vorgestellt beschließen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist absurd!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade das im Interesse der jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen ist.

Meine Damen und Herren, ich kann die Aufregung verstehen. Ja, wir lösen damit ein weiteres Versprechen aus unserem Koalitionsvertrag ein.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist ganz toll! Ja!)

Wir lösen aber vor allen Dingen ein Versprechen gegenüber der Jugend ein, das wir abgegeben haben.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja, ohne die Jugendlichen!)

Ich kann gut nachvollziehen, dass Ihnen als Opposition das nicht gefällt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Die Jugendlichen wollen das nicht!)

Anders formuliert – damit komme ich zum Schluss –: Es gab nie mehr Jugendbeteiligung in diesem Land als unter der NRW-Koalition aus CDU und FDP. Als jugendpolitischer Sprecher bin ich sehr stolz darauf. Ich freue mich schon heute darauf,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

wenn das direkt gewählte Jugendparlament zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen wird. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Absurd!)

Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Bevor als nächster Redner Herr Abgeordneter Brockmeier für die Fraktion der FDP das Wort bekommt, würde es uns allen auch zu dieser späten Stunde gut zu Gesicht stehen – bei allem Verständnis für leidenschaftliche Debatten –, mehr Ruhe im Saal zu halten. Es bekommen alle noch das Wort. Ich glaube, es ist für uns alle etwas leichter, wenn die Geräuschkulisse weniger stark ist.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration – Josefine Paul [GRÜNE]: An den Leuten vorbei! Hammer! – Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Wieso seid ihr heute so aggro? – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Herr Kollege Brockmeier, Sie haben das Wort.

Alexander Brockmeier^{*)} (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Trend ist klar: Junge Menschen wollen sich mehr engagieren und sich politisch einmischen. Rund 41 % der Jugendlichen bezeichnen sich laut der letzten Shell-Jugendstudie als politisch interessiert. Jeder Dritte hält es sogar für wichtig, sich tatsächlich politisch zu engagieren.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Junge Menschen fühlen sich laut der letzten Studie der Bertelsmann Stiftung nicht ausreichend gehört und wahrgenommen. Das ist nicht nur ein schlichtes Gefühl, sondern die Realität.

In den letzten 15 Monaten mussten wir erleben, dass die Belange junger Menschen nicht immer ausreichend berücksichtigt worden sind. Das gilt übrigens bundesweit, egal in welcher Regierungskonstellation.

Gleichzeitig zeigt die Studienlage aber auch, dass sich junge Menschen gerade in der jetzigen Zeit insbesondere Gedanken darüber machen, wie sie ihr Lebensumfeld gestalten können, und sie entwickeln konkrete Forderungen.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir gehen mit dem hier vorliegenden Antrag einen wichtigen Schritt, um junge Menschen mehr einzubinden. Mit einem frei und direkt gewählten Jugendparlament schaffen wir deutschlandweit das erste Jugendparlament dieser Art auf Landesebene. Das erfordert Mut, schafft aber auch ein krisenfestes Instrument, mit dem junge Menschen in unserem Land gehört werden können.

Als NRW-Koalition wollen wir das große Potenzial, das Verantwortungsbewusstsein und das Engagement, das Jugendliche in unserem Land haben, zur Entfaltung bringen. Wir wollen sie aktiv in unsere Arbeit hier im Hohen Hause einbinden und ihnen die Möglichkeit geben, als inhaltlich stark aufgestellter Partner die Sichtweise junger Menschen darzustellen und in den politischen Diskurs einzubringen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich will noch einmal deutlich sagen: Wir betreten mit diesem Vorhaben Neuland. Das stimmt. Deswegen setzen wir auch nicht, wie die Opposition fälschlicherweise in den letzten Tagen behauptet hat, ein vorgefertigtes Jugendparlament ein und bestimmen von oben herab, wie sich junge Menschen zu beteiligen haben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Weil Ihr es noch nicht mal geschafft habt, selber ein Konzept auszuarbeiten!)

Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben den Antrag ganz bewusst offen formuliert und eine Konzeptionierung gefordert, die natürlich eng mit den Akteuren und Betroffenen erarbeitet und abgestimmt wird;

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Warum habt Ihr das nicht vorher gemacht?)

sonst würde das Jugendparlament in der Realität nicht funktionieren.

Ja, es gibt tatsächlich noch Fragen, die in dem Konzept beantwortet werden müssen. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, wie wir es schaffen, noch mehr junge Menschen zu erreichen und für die Landespolitik zu begeistern.

Wenn wir uns die Akteure anschauen, ob in den parteipolitischen Jugendorganisationen oder auch in den überparteilichen Verbänden, dann merken wir, dass wir es aktuell nicht schaffen, alle – egal welcher Schulform oder welcher Herkunft – zu erreichen, sondern wir treffen immer wieder die gleichen Personen an.

Wie es anders geht, zeigt zum Beispiel das schottische Jugendparlament. Wenn Sie sich das angeschaut hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass dort vermeintliche Minderheiten überproportional repräsentiert sind.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wir waren selber da und haben uns das schottische Jugendparlament angesehen!)

– Ja. Aber anscheinend können Sie sich nicht erinnern. Wissen Sie, was der Erfolg des schottischen Jugendparlaments ist? Wir haben uns mit ihnen hier im Hause getroffen. Wissen Sie, was der Erfolg war?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Der Erfolg war, das vorher mit den jungen Menschen zu besprechen, statt es überzustülpen!)

– Wir stülpen nichts über, wir fordern doch ein Konzept.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Doch, natürlich!)

Der Erfolg dieses Parlament ist, dass es direkt gewählt ist und wirklich eine starke Legitimierung hat. Das ist die einzige Voraussetzung, die wir in den Antrag geschrieben haben. Es wird direkt und frei gewählt, um eine hohe Legitimation zu schaffen.

In Schottland ist es hochlegitimiert. Da haben sie es zum Beispiel geschafft, das Wahlalter von 16 umzusetzen. Das ging auf die Initiative des Landesjugendparlaments zurück.

(Zurufe von der SPD)

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Die SPD fordert gerade – Sie schreien laut auf –, anstatt ein Landesjugendparlament einzurichten das Wahlalter abzusenken. Nicht dass wir uns da falsch verstehen: Ich persönlich teile die Auffassung.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie heben nur nicht die Hand dafür!)

Aber beim Landesjugendparlament geht es doch um viel, viel mehr. Schauen wir uns das an. Auch bei einer Absenkung des Wahlalters können junge Menschen nur alle fünf Jahre wählen. Das darf doch nicht alles sein. Wir müssen doch schauen, wie wir die jungen Menschen auch zwischen den Wahlterminen in die Entscheidungsfindungen einbeziehen. Dazu haben Sie noch keinen einzigen Vorschlag gemacht.

(Beifall von der FDP und Margret Voßeler-Deppe [CDU])

Wir sind der festen Überzeugung, dass das in diesem Hause breit angelegt sein muss, damit es nicht nur im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie stattfindet, sondern über die Ausschussgrenzen hinweg, damit sich die jungen Menschen beispielsweise auch mit Fragen der Mobilität oder Digitalisierung auseinandersetzen und ihre Forderungen einbringen können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockmeier ...

Alexander Brockmeier* (FDP): Ich komme zum Schluss.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ja, es gibt aber auch noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Wenn Sie die zulassen wollen, dann würde ich das Wort jetzt der Kollegin Paul geben. Ja?

Alexander Brockmeier* (FDP): Ja, gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte.

Josefine Paul* (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Da Sie gerade gesagt haben, es gehe um viel mehr als um das Wahlrecht, was das höchste Recht ist, das man demokratisch haben kann, wäre es doch interessant, uns wissen zu lassen, was dann die konkreten Befugnisse eines solchen Landesjugendparlamentes wären. Hat es ein Budgetrecht? Welches Verhältnis hat es zum Landtag etc.? Was kann denn höher sein als das Wahlrecht von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes? In welchem Verhältnis stünde dann ein Jugendparlament dazu?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Alexander Brockmeier* (FDP): Vielen Dank für die Frage, Frau Kollegin. Das ermöglicht es mir, dazu noch näher auszuführen.

Ich habe ja gesagt, ich persönlich bin auch für das Wahlalter ab 16. Aber es ist normal – das wissen Sie auch –, dass es Koalitionen gibt und man nicht alles politisch umsetzen kann.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist nicht mein Punkt!)

Damit sind wir bei dem Punkt, dass wir nicht alles überstülpen wollen, sondern es soll mit den Akteuren gemeinsam ein Konzept erarbeitet werden, wie sich das Landesjugendparlament zusammensetzt, wie ganz konkret gewählt werden soll, welche Befugnisse und Beteiligungsmöglichkeiten sie sich wünschen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist auch eine verfassungsrechtliche Frage!)

Wir haben Vorschläge gemacht, wie das aussehen kann. Diese wollen wir in die Arbeit zur Konzeptionierung einbringen. Wir haben ganz konkrete Vorstellungen. Das wollen wir aber nicht vorgeben, sondern in breit angelegten Prozess erarbeiten lassen, damit

das Jugendparlament wirklich funktioniert und angenommen wird, damit es sich in die Diskussionen hier im Landtag einbringen kann.

Schauen Sie einmal nach Schottland. Da hat das Konzept sehr, sehr gut funktioniert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. Es hat am Ende der Redezeit noch eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Maelzer gegeben.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Alexander Brockmeier* (FDP): Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ja, bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Das ist auch gar nichts Schlimmes, ich möchte Sie nur verstehen. Sie haben mehrfach gesagt, das solle mit den Akteuren erarbeitet werden. Wer sind denn aus Ihrer Sicht die Akteure, mit denen Sie darüber bislang wohl noch nicht gesprochen haben?

Alexander Brockmeier* (FDP): Vielen Dank für die Frage. – Wir haben gemeinsam schon in vielen Runden darüber diskutiert. Es ist eine sehr breite Landschaft: Landesjugendring, Schülervvertretung, all die Akteure, die am Markt sind, mit denen wir täglich sprechen. Die sollen in den Prozess eingebunden werden.

Wir haben bereits mit ihnen gesprochen und werden auch weiterhin mit ihnen sprechen. Dieser Antrag ist kein Schlusspunkt einer Debatte, sondern ein wichtiger Schritt, um das Ganze auf die Schiene zu bringen, damit wir uns nicht weiter immer weiter im Kreis drehen.

(Beifall von der FDP)

Ich erinnere mich, gelesen zu haben, dass es 2016 eine Absichtserklärung von Ihnen gab. Seitdem ist nichts passiert. Wir wollen das jetzt auf die Schiene bringen, damit es endlich vorankommt. Gemeinsam mit Ihnen war das in den letzten vier Jahren leider nicht möglich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. – Bevor jetzt noch weitere Zwischenfragen kommen, gehen wir schnell zum nächsten Redner. Das ist in diesem Fall für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Herr Kollege Jörg.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag von Schwarz-Gelb erinnert mich an die Zeit von 2005 bis 2010. Damals brach die schwarz-gelbe Landesregierung das eigene Wahlversprechen, den Etat des Landesjugendplans von 75 auf 100 Millionen Euro zu erhöhen. Fünf Jahre lang ignorierte Schwarz-Gelb mit Armin Laschet an der Spitze des Jugendministeriums Argumente und Initiativen der aktiven demokratisch organisierten jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das glaubst du doch selbst nicht, was du da vorträgst.)

Aus den schwarz-gelben Reihen hörte man damals zwischen den Zeilen, wie jetzt gerade auch, in den Verbänden seien ja nur Funktionäre, Berufsjugendliche, die nicht die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen repräsentieren würden.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das Gleiche klang gerade wieder durch.

(Jochen Ott [SPD]: Hört, hört!)

Nach dem Regierungswechsel 2010 haben wir dann zusammen viele gute Jahre für die Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen erlebt.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Die waren hin und weg vor Begeisterung!)

– Ganz ruhig, jetzt kommt das Versöhnliche.

Bis zum heutigen Tag haben wir eine gute Zeit. Die elf Jahre waren – das gebe ich zu – auch in der Koalition von Schwarz-Gelb an vielen Punkten richtig und eine logische Fortentwicklung und Korrektur der Politik der schwarz-gelben Landesregierung von 2010 bis 2012.

Aber das Allerwichtigste, liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir in den letzten elf Jahren erreicht haben, ist die bessere Kommunikation. Wir haben uns mit den Jugendlichen an einen Tisch gesetzt und zugehört – über die Grenzen der demokratischen Parteien hinweg. Wir haben gemeinsam mit den aktiven Jugendlichen aus den Jugendverbänden, den Schülervertretungen und den kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten eine Strategie entwickelt – oder wir wollten es zumindest –, wie wir einmischende Jugendarbeit intensiver und wirkungsvoller unterstützen können. Das ist eigentlich eine gute Voraussetzung, um demokratisches Streben von jungen Menschen zu unterstützen.

Doch jetzt kommt aus heiterem Himmel ein Antrag, der klarmacht, dass der bisherige schwarz-gelbe Diskurs verlassen wird. Die Meinung der aktiven demokratischen Jugendverbände und -vertretungen ist offenbar nicht mehr gefragt und nicht gewollt.

Abends, ohne störende Öffentlichkeit – Sie sehen, wir sind hier unter uns –, wird hier und heute ein Antrag in direkter Abstimmung beschlossen, der der

Entwicklung der letzten Jahre komplett entgegensteht und die Meinung der Jugendlichen in den Verbänden und Vertretungen völlig ignoriert. Das ist unvorstellbar! Sie sind wieder da gelandet,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wo Sie zwischen 2005 und 2010 waren. Sie umgehen eine Überweisung in den Fachausschuss, weil Sie wissen, dass jede fachliche Diskussion und Anhörung zu einem Desaster für Sie würde.

(Zuruf von der SPD: So sieht es aus!)

Deshalb machen wir das heute in direkter Abstimmung. Hier wird ein Spielzeug, ein Spiel beschlossen, das Jugendliche demnächst spielen sollen. Aber die Jugendlichen in NRW wollen nicht spielen, sie wollen sich einmischen. Sie wollen mitmischen, sie wollen mitentscheiden und Mitverantwortung übernehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Allerdings wird mit Ihrem Antrag deutlich, wie Sie die Meinung von Jugendlichen einschätzen: Auf der einen Seite lehnen Sie ein Wahlalter ab 16 Jahren ab und sprechen den jungen Menschen damit eine gewisse politische Unreife zu. Auf der anderen Seite erfinden Sie jetzt ein Spiel,

(Zuruf von der FDP)

mit dem Sie so tun, als ob Sie die Meinung der Jugendlichen wirklich interessieren würde. Wenn Sie das Anliegen von Jugendlichen aufrichtig ernst nehmen würden, dann würden Sie unserem Antrag für ein Wahlalter ab 16 zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber das Allverrückteste an diesem Antrag ist, dass die Spielregeln des neuen Spiels nicht verraten werden. Vielleicht gibt es auch noch keine, weil Ihnen dazu selbst nichts einfällt und Sie vor der Wahl unbedingt noch einen Haken an Ihre Koalitionsvereinbarung machen wollen. Sie beauftragen quasi den Landtagspräsidenten und seine Verwaltung, mal einen Vorschlag zu machen, wie ein solches Jugendparlament aussehen würde, und begründen das mit dem gewünschten unabhängigen und überparteilichen Charakter des Jugendparlaments. Dabei verwechseln Sie offenbar „unabhängig“ und „politisch“. Der Charakter des Planspiels Jugend-Landtag beispielsweise, den wir seit vielen Jahren verfolgen, ist jedenfalls weitgehend unpolitisch und folgenlos.

Das Wesen demokratischer Politik sind aber gerade Folgen und Konsequenzen aus Diskussionen, Diskursen und Abstimmungen im Parlament. Es muss etwas folgen, es müssen Konsequenzen folgen. Politik muss wirksam sein und kann niemals nur Selbstzweck in Form und Rahmen sein. Wenn junge Erwachsene Politik als Event mit folgenloser Diskussion erleben, dann führt das nicht zu Werten, an denen sie sich orientieren können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

In den Jugendverbänden dagegen werden Werte demokratisch vermittelt, beispielsweise Solidarität und Nächstenliebe. Daraus haben viele Kolleginnen und Kollegen, die übrigens unter uns sind und Mitglieder eines Jugendverbandes waren, eine Haltung entwickelt, die sie letztendlich zur Politik gebracht hat – eine Haltung und Werte, die in unserer Gesellschaft zur Orientierung sehr nötig sind.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Diese wichtigen Erfahrungen aus den Jugendverbänden fließen nun nirgendwo mehr ein. Eine Verwaltung macht etwas Überparteiliches,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Unpolitisches ohne Wert und ohne Inhalt, und es kann nicht ernsthaft Ihr Ziel sein, dass wir ein solches Jugendparlament, frei von Politik, organisieren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit, bitte.

Wolfgang Jörg (SPD): Ja, Frau Präsidentin, ich versuche es. – Mit Ihrem Antrag verlassen Sie jetzt ...

(Heiterkeit von der SPD und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich habe mich jetzt schon zweimal geräuspert. Sie sind eine Minute drüber. Also, insofern bitte ein ernsthafter Versuch!

Wolfgang Jörg (SPD): Liebe Frau Präsidentin, wir kennen uns lange, und ich verstehe Ihr Räuspern gut; ich habe früher ja häufiger geredet.

Jetzt mein letzter Satz. – Mit Ihrem Antrag verlassen Sie den gemeinsamen Weg mit den Jugendlichen, der einmischenden Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen mehr Bedeutung und Wirksamkeit zu geben. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Als nächster Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Bolte-Richter das Wort.

Vielleicht ein kleiner Hinweis: Wir freuen uns, glaube ich, alle, die wir sitzungsleitendes Präsidium sind, wenn wir die Rückmeldung bekommen, dass unsere Hinweise auf das Redezeitende in irgendeiner Form wahrgenommen werden. Dann sind wir schon mal beruhigt und haben keine Missverständnisse miteinander. – Herr Kollege Bolte-Richter.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ich persönlich nehme sie immer wahr!)

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Das funktioniert meistens, Frau Präsidentin. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich werde jetzt aus der demokratiepolitischen Perspektive auf diesen Antrag schauen, und der Blick zeigt in der Tat nicht so richtig viel.

Es geht objektiv nicht über das hinaus, was Sie schon in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben, und das ist nach vier Jahren doch eher wenig. Man muss Sie, liebe CDU, liebe FDP, wahrscheinlich mal wieder daran erinnern: Sie regieren in diesem Land, Sie haben eine Mehrheit in diesem Parlament; und wenn Sie sich tatsächlich um die Partizipation von jungen Menschen bemühen wollen, dann handeln Sie doch bitte und legen Sie uns nicht solche willensschwachen Appelle vor,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

bei denen niemand weiß, was am Ende herauskommen soll, wer das machen soll, wer Geld bekommen und geben soll. Das ist ärgerlich. Es ist wirklich ärgerlich, dass bei solch einem wichtigen Thema so etwas passiert. Es passt aber leider in die Linie von Schwarz-Gelb, die im letzten Jahr einen Gesetzentwurf für die Absenkung des Wahlalters bei den Landtagswahlen abgelehnt haben, bei dem es um echte Beteiligung ging, wie Sie auch mitunter in der Pandemie am wenigsten die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und andere Schwerpunkte gesetzt haben. Und dann kommt so ein Antrag. Warum ist denn bei der Partizipation noch nichts passiert?

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Warum hat da offenkundig noch niemand etwas getan? Die Antworten auf diese Fragen sind Sie uns heute schuldig geblieben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Partizipation darf kein Märchen oder eine Erzählung von Erwachsenen sein. Auch junge Menschen wollen sich beteiligen. Sie beteiligen sich auch konkret. Das sehen wir bei Fridays for Future, bei den Demonstrationen zu Black Lives Matter und an vielen, vielen anderen Stellen, wo Jugendliche, junge Menschen zeigen, dass sie eben keine Statisten unserer Gesellschaft sind. Sie wollen mitentscheiden, sie wollen vor Ort, wo sie leben, mitgestalten.

Wie soll solche Beteiligung von Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen geschehen? Das ist die Frage, die wir hier gemeinsam diskutieren. Das Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen müssen wir viel breiter betrachten, als es Ihr Antrag und dieses Projekt tun. Wir sollten das Thema nicht so verengen, wie Sie es hier tun.

Wenn wir über Jugendbeteiligung sprechen, dann braucht es natürlich zuallererst die Absenkung des Wahlalters bei den Landtagswahlen auf 16 Jahre. Wir fragen Sie an dieser Stelle zum wiederholten Mal: Wieso stellen Sie sich so stark dagegen? Demokratie lebt von Beteiligung, und mehr Beteiligung ist nicht schädlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Neben der Absenkung des Wahlalters brauchen wir aber auch Beteiligungsformate vor Ort in den Kommunen. Es gibt bisher nicht überall in Nordrhein-Westfalen Jugendgremien; aber auch hier im Landtag können wir Beteiligungsformate etablieren und darüber diskutieren, wie sie aussehen. Beispielsweise hat der Bundestag eine jährliche Kinderfragestunde für Schülerinnen und Schüler aus der siebten und achten Jahrgangsstufe eingerichtet, in der Fragen an Ministerinnen und Minister gestellt werden können.

Aber letzten Endes geht es darum, dass wir einen Mix von guten Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bekommen. Der Landesjugendring, der hier bereits mehrfach angesprochen worden ist, hat auch in seinen Stellungnahmen zu diesem Antrag vorgeschlagen, dass wir eine Jugendstrategie entwickeln, bei der es genau diese breite Betrachtung geben kann.

Aus unserer Sicht müssen dabei verschiedene Perspektiven für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden. Dabei geht es um Jugendliche mit Behinderung. Es geht um Jugendliche mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, LSBTI-Jugendliche oder auch Jugendliche, die von Armut betroffen sind. All diese Bevölkerungsgruppen – das wissen wir aus der Partizipationsforschung – sind mit den etablierten Formaten der Partizipation nur schwer zu erreichen.

Deshalb können wir natürlich über Formen eines Jugendparlamentes diskutieren – dazu wäre zum Beispiel die Diskussion im Fachausschuss möglich gewesen; die wollen Sie ja nicht –, aber auch dort muss man die Frage in den Mittelpunkt stellen: Wie schaffen wir eine Beteiligung, die inklusiv ist, die viele junge Menschen einbezieht und nicht nur – das ist eben das klassische Problem, das wir aus der Forschung kennen, was Jugendparlamente betrifft – politikaffine Jugendliche anzieht, die nur in den ganz klassisch institutionsorientierten Politikansätzen denken. Wir brauchen echte Partizipation, die lebensweltorientiert ist und geschützte Räume für Kinder und Jugendliche bietet, und wir müssen natürlich auch die existierenden Beteiligungsformate wie den Kinder- und Jugendrat NRW, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Jugendgremien zusammengesetzt, in den Blick nehmen.

All das müssten wir tun. All das braucht eine fachliche Debatte. Es ist bemerkenswert, dass Sie von den regierungstragenden Fraktionen einen Antrag zur Jugendbeteiligung einreichen, ohne die Vertreterinnen und Vertreter des Landesjugendrings zu beteiligen. Da wären Sie gut beraten gewesen, sich mit denen auseinanderzusetzen.

Ihr Antrag verengt das Thema der politischen Partizipation. Er wird dem Thema nicht gerecht. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Dennis Malzer [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte-Richter. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Kollege Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon ein merkwürdiger Antrag, den die CDU-FDP-Koalition hier dem Parlament vorlegt. Ich meine, wenn man bedenkt, welch riesiger, seit langer Zeit eingearbeiteter Apparat- und Mitarbeiterstab hinter Ihren Fraktionen steht, Sie ja auch noch in engem Austausch mit Ministerien stehen, dann wundert man sich wirklich über die gedanklichen Purzelbäume der Antragsteller innerhalb des Antrags, aber auch in Bezug zum Sachverhalt selbst.

Schon der Titel des Antrags lässt einen ratlos zurück und offenbart gleichzeitig den falschen Ansatz Ihres Partizipationsmodells. Warum sprechen Sie im Titel von der nächsten Generation? Wen meinen Sie eigentlich damit? Gleichzeitig wird deutlich, dass Sie wohl nicht durchdacht haben, dass Mitbestimmung und Partizipation immer generationsübergreifend ist. Das sehen wir doch auch hier im Parlament.

Jede Person wächst mit zunehmendem Alter in die verschiedenen Möglichkeiten der Mitbestimmung hinein, soweit sie das eben will. Sobald sie das Wahlrecht hat, hat sie auch grundsätzlich die Möglichkeit, sich in einen der Räte, also Gemeinderat usw., oder eines der Parlamente wählen zu lassen. In den Parlamenten sitzt doch eine Reihe von Jugendlichen, die ihre Generation dort vertreten, zumindest von jungen Menschen. Herr Brockmeier hat das doch jetzt hier auch gerade selbst bewiesen.

Also ein Jugendparlament einzurichten, um der nächsten Generation so etwas wie Partizipation und Mitbestimmung zu ermöglichen, führt die Jugendlichen, die darin sitzen, gerade von der Mitbestimmung und der Partizipation weg. Denn von dem tatsächlich relevanten Entscheidungs- und Beratungsgremium werden sie umgeleitet in eine extraordinary Institution. Daran hätten Sie doch eigentlich denken müssen. In Ihren ersten beiden Absätzen Ihres

Antrags nennen Sie doch eine Reihe von Institutionen, in denen sich Jugendliche um ihre Angelegenheiten kümmern und entscheidend mitbestimmen, entscheidend mitbestimmen. Daneben führen Sie noch Institutionen an, deren Aufgabe es ist, die Bedürfnisse von Jugendlichen in den Blick zu nehmen.

Also, Gelegenheit, mitzubestimmen und sich um wichtige eigene Bedürfnisse zu kümmern, gibt es genug für Jugendliche, wenn sie denn dann wollen und Zeit haben. Allein, wenn Sie einmal in den Schul- und Universitätsbereich hineinschauen, werden Sie feststellen, dass hier die jungen Menschen häufig in entscheidender Weise ihr Umfeld mitgestalten. Ich habe es doch selbst erlebt.

Durch die Einladung von Schüler- und Studentenvertretern hier in den Landtag als Sachverständige wird auch die Stimme der Schüler und Studenten im Landtag gehört, und das natürlich auch zu Recht. Partizipation und Mitbestimmung hängen doch nicht davon ab, dass eine Gruppe direkt in einem Parlament sitzt. Welche Vorstellungen haben Sie eigentlich von Partizipation? Partizipation geschieht doch über eine Vielzahl von Gruppierungen, die ihre Ziele formulieren, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit tragen und die jeweiligen Entscheidungsträger in den Parlamenten beeinflussen, also uns. Sie bekommen das doch hier täglich mit, wenn Sie Anrufe und E-Mails bekommen.

Darüber hinaus laufen ja die Einflussnahmen auch innerhalb von Parteien. Die Jugendorganisationen der jeweiligen Parteien wirken doch innerhalb der Parteien an der Meinungsbildung der Gesamtpartei mit. Insofern ist es eigentlich völlig unverständlich, dass Sie die Jugendlichen in ein eigenes Jugendparlament abschieben wollen.

Aber nicht nur aus dem Blickwinkel der Jugendlichen wäre die Einrichtung eines Landesjugendparlaments kontraproduktiv. Auch unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten ist solch ein Landesjugendparlament höchst problematisch. Ein Parlament hat – das ist ursprünglich zumindest so – gesetzgeberische Funktionen. Welche Funktionen soll nun jetzt ein Landesjugendparlament haben? Mit welchen Entscheidungskompetenzen soll es ausgestattet werden? Soll es ein Antragsrecht an das Landesparlament haben, also an uns?

Wer ist wahlberechtigt, und wer soll die Wahl des Jugendparlaments durchführen und organisieren? Wenn wir Herrn Bolte-Richter gerade zugehört haben, soll eigentlich gar keine richtige Wahl stattfinden, sondern die Grünen entscheiden dann, welche Gruppierungen hier reinkommen.

Wo und wie wird es tagen? Wird es Experten für Anhörungen einladen können? Welche Konsequenzen ergeben sich aus den dort getroffenen Entscheidungen? Wie hoch soll das Budget des Landesjugendparlaments sein?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wie habt ihr das denn hinbekommen?)

Sie können an den Fragen bereits feststellen, dass mit einem Landesjugendparlament eine Parallelstruktur eingerichtet wird, die entweder wegen ihrer Inkompetenz alle dortigen Abgeordneten frustrieren muss oder sich eben Kompetenzen aneignet, die ihr einfach nicht zusteht und die damit die verfassungsmäßige Ordnung zwangsläufig infrage stellt.

Es ist also offensichtlich, dass der vorliegende Antrag von CDU und FDP ein reiner Schaufensterantrag ist. Sie wollen damit lediglich andeuten, dass Sie eine Absichtserklärung des schwarz-gelben Koalitionsvertrags nicht vergessen haben. Dort haben Sie ja vermerkt – Zitat –:

„Wir wollen junge Menschen in Nordrhein-Westfalen ermutigen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Anliegen selbstbewusst zu vertreten. Wir werden daher ein unabhängiges und direkt gewähltes Landes-Jugendparlament Nordrhein-Westfalen schaffen, welches über ein Antragsrecht gegenüber dem Landtag verfügen soll.“

Ich glaube, alle, die hier sind, wollen, dass Jugendliche sich beteiligen. Überall da, wo sie gefragt sind, sollen sie sich beteiligen. Es wäre sogar schön, wenn sie sich noch mehr beteiligen würden – sage ich auch ganz ehrlich –, aber dazu bedarf es doch keines Parlamentes. Dazu bedarf es der Mitwirkung in allen Gremien, die es bereits gibt, wo Jugendliche mitwirken können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Fraktionen, so geht das nicht. Wir lehnen den Antrag ab. Er ist völlig undurchdacht. Das meine ich jetzt gar nicht polemisch. Er ist wirklich völlig undurchdacht, und ich bin wirklich erstaunt, dass das aus Ihren Reihen kommt, mit so einem riesigen Apparat im Hintergrund. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die politische Partizipation junger Menschen zu stärken und ihre demokratische Mitbestimmung auf Landesebene zu verbessern, ist ein ganz zentrales Anliegen der Landesregierung. Das Landesjugendparlament ist dabei ein Angebot an die junge Generation in diesem Land und stellt ihr ein demokratisches Instrument der Selbstvertretung und politischen Beteiligung zur Verfügung. Das ist wichtig und notwendig.

Denn das Erfordernis, junge Menschen zu beteiligen, ergibt sich nicht nur aus der UN-Kinderrechtskonvention oder dem Achten Sozialgesetzbuch, es ergibt sich vor allem aus den Rahmenbedingungen der Lebensphase Jugend selbst. Junge Menschen wollen sich positionieren, sie wollen eigenständig Dinge bewegen und sich für ihre Interessen und Belange einsetzen. Jugend ist Gestaltung, Veränderung und Herausforderung.

Für junge Menschen stehen Fragen der Ausgestaltung und des Umgangs mit Globalisierung und demografischem Wandel, Flucht und Migration, mit Klimawandel und Digitalisierung und auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts ganz oben auf der Agenda. Ich bin der Überzeugung, dass sie einen eigenständigen Ort auf Ebene des Landes benötigen, an dem sie sich mit diesen und weiteren Themen auseinandersetzen und auch positionieren können.

In vielen Kommunen werden junge Menschen bereits über Kinder- und Jugendparlamente oder andere Formen beteiligt. Das ist bewährte und langjährig gelebte Praxis. Über die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung NRW beim LWL-Landesjugendamt unterstützen wir Kommunen dabei, Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen umfassend zu verbessern. Es gibt einen hohen Bedarf danach. Das ist auch eine Folge der Pandemie. Nach 15 Monaten mit Corona ist mehr als deutlich, dass wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen jetzt weiter in den Blick nehmen müssen.

Es wurde viel über junge Menschen als Pandemietreiber diskutiert. Häufig wurden sie auf ihre Rolle als Schülerinnen und Schüler reduziert. Ich glaube aber vielmehr, dass sich junge Menschen an vielen Stellen ausgesprochen verantwortungsbewusst und solidarisch verhalten. Wir müssen darum die Belange junger Menschen wieder ernster nehmen und ihre direkten Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten verbessern.

Dazu, meine Damen und Herren, kann die Einführung eines direkt und frei gewählten Jugendparlaments einen wichtigen Beitrag leisten. Es stellt einen zentralen Baustein in der Demokratie- und Engagement-Förderung junger Menschen dar und trägt den gestiegenen politischen Interessen junger Menschen Rechnung. Das kann und wird dann auch die Arbeit der gewählten Abgeordneten unterstützen, uns veränderte Perspektiven anbieten und mitunter die Herausforderung mit sich bringen, unsere Argumente zu prüfen und zu schärfen.

Ich bin für die Initiative der Fraktionen dankbar, dass wir diesen Antrag heute eingebracht bekommen und er hier beraten wird. Aus meiner Sicht geht es jetzt darum, alsbald ein Konzept eines Landesjugendparlaments im Verantwortungsbereich des Ältestenrats des Landtags NRW vorliegen zu haben und beraten zu können, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Maelzer?

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: ... damit wir den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen dieses wichtige Angebot der demokratischen Beteiligung machen können und politische Mitbestimmung auch tatsächlich in die Umsetzung bringen.

Herzlichen Dank. – Der Kollege Maelzer hat wie immer jetzt die Möglichkeit zur Kurzintervention.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Eine Kurzintervention hat er nicht angemeldet, aber eine Frage. Machen wir es heute Abend mal ein bisschen spontan. Herr Dr. Maelzer, Sie haben noch eine Frage, und der Minister beantwortet die noch.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Wir machen das auch als Frage. Klar.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe in der Tat eine Frage, Herr Minister, bei der Sie mit Sicherheit weiterhelfen können. – Wir haben jetzt einen Antrag vorliegen, der mir in der Form noch nie untergekommen ist; denn weder die regierungstragenden Fraktionen machen hier einen Vorschlag, wie so ein Jugendparlament aussehen sollte, noch wird die Landesregierung beauftragt, so etwas zu gestalten.

Wie ist denn jetzt aus Ihrer juristischen Einschätzung der Ablauf? Ist, wenn der Landtagspräsident für sich eine Form gefunden hat, die er als richtig empfindet, damit die politische Diskussion um ein Jugendparlament beendet, oder muss dann ein entsprechender Vorschlag noch mal hier im Parlament diskutiert und abgestimmt werden?

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir beschließen, und dann setzen wir um.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragsstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt also über den Inhalt des Antrags ab? Wir alle. Wer stimmt zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD,

Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/14281** mit der Mehrheit von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe auf:

15 Breitensportorientierte Vereine beim Neustart unterstützen: Zahlungsunfähigkeiten verhindern, Vereinseintritte fördern, den Breitensport krisensicher machen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14273

Das begründet nun Herr Keith für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Keith (AfD): 166.000: So viele Mitglieder haben im vergangenen Jahr ihren Sportverein in NRW verlassen. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Entwicklung im Breitensport gleicht einem langsamen Ausbluten, und zwar nicht nur in finanzieller, sondern auch in personeller Hinsicht. Betroffen sind hier vor allem tatsächlich die mitgliederstarken Vereine, also solche, die viele Sportarten – auch kostenintensive – abdecken, die ein eigenes Vereinsheim, ein Fitnessstudio, eine Geschäftsstelle oder hauptamtliche Übungsleiter benötigen.

Dass das Thema brandaktuell ist, konnte man am vergangenen Freitag in einer WDR-Reportage hören. Berichtet wurde zum Beispiel über die Turbo-Schnecken Lüdenscheid e. V., ein Verein mit 2.700 Mitgliedern und einem eigenen Fitnessstudio. Einnahmeverluste: 500.000 Euro. Und: Existenzängste angesichts befürchteter Schließungen im Herbst.

Vereine kennen das ja leider inzwischen. Erst stemmen sie vor einem Jahr hohe Ausgaben, um die strengen Hygieneauflagen umzusetzen, dann wurden sie zum Dank trotzdem monatelang geschlossen. Der Lockdown kam, die Mitglieder gingen, und zwar womöglich für immer.

Der Sportsoziologe Professor Ansgar Thiel von der Universität Tübingen warnte schon im Dezember 2020 – Zitat –:

„Möglicherweise gewöhnen sich die Menschen an den Zustand, wie er jetzt ist, und den Vereinen gehen dann viele Mitglieder verloren.“

Was sich im Dezember 2020 noch wie ein Schreckensszenario anhörte, ist heute traurige Wirklichkeit. Wie immer ist dies besonders tragisch bei Kindern und Jugendlichen. Anhand von Studien wissen wir, wie sie die Zeit im Lockdown verbracht haben und wohl in absehbarer Zukunft weiter verbringen

werden. Leider heißt es da: Handy statt Handball und Netflix statt Netzbball.

Meine Damen und Herren, Sportvereine können es sich nicht leisten, wenn 15 % ihrer Mitglieder austreten. Genau das ist aber bei den 34 größten Sportvereinen in Nordrhein-Westfalen der Fall. Aufgrund der unsicheren Lage gibt es praktisch auch keine Neueintritte. Verständlich. Wer wird schon Mitglied in einem Fußballverein, wenn das halbe Jahr gar nicht gespielt werden darf und niemand sicher sagen kann, wann und wie ein regelmäßiger Spielbetrieb wieder stattfinden soll?

Also, der Lockdown kam, die Mitglieder gingen. Geblieben sind allerdings die Kosten für hauptamtliche Trainer, für Versicherungen, für den Betrieb der Sportanlagen. So lautet die aktuelle Halbzeitbilanz Ihrer Corona-Sportpolitik: Bundesweit ist mehr als jeder fünfte Verein aufgrund finanzieller Engpässe in seiner Existenz bedroht.

Als wäre das nicht schlimm genug, ist durch die Lockdown-Politik jetzt auch das Ehrenamt gefährdet. Ich spreche von Menschen, die ihre Übungsleiterpauschale oder ihre Schiedsrichtervergütung nicht selten für die Jugendarbeit in ihrem Verein spenden. Ich spreche von Menschen, die Vorbilder sind und ihre Freizeit für andere gerne zur Verfügung stellen.

Werte Kollegen, kein digitaler Sportkurs der Welt kann das Mentoring und die Wertevermittlung dieser Menschen ersetzen. Was haben Sie getan, um diese desaströse Lage der großen Breitensportvereine zu verhindern? Die regierungstragenden Fraktionen haben beschlossen, den Vereinen 5.000 Euro für das nächste Vereinsfest zu spendieren. Langfristige Hilfe sieht für uns anders aus.

Was jetzt sofort getan werden muss, haben wir im vorliegenden Antrag ausgeführt. Die Vereine benötigen jetzt nachhaltige Zuschüsse für den Betrieb der Sportanlagen und ihre Mitarbeiter. Sie brauchen finanzielle Unterstützung bei der Fortbildung der Ehrenamtlichen und unbürokratische Hilfe, um neue Mitglieder zu gewinnen. Was sie aber vor allem brauchen, sind Planungssicherheit und Zuversicht.

Wir hoffen inständig, dass Sie den entsprechenden Studien endlich Beachtung schenken, aus den gemachten Fehlern lernen und die Vereine nicht erneut im Herbst vollkommen undifferenziert zwangsschließen. Angesichts des maroden Zustands vieler Sportstätten wäre es schlichtweg fahrlässig, die Vereine samt ihrer Anlagen jetzt ihrem Schicksal zu überlassen.

Mit unseren Vereinen in NRW steht und fällt die gesamte lokale Sportinfrastruktur. Sie bilden einen existenziellen Baustein für die Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller. Meine Damen und Herren, Sie haben heute die Chance, viele Vereine zu retten. Nach der Sommerpause, im Herbst